S 14 KR 3064/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 4.
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 14 KR 3064/18

Datum 29.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 KR 1248/21 Datum 20.03.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 29. Mai 2019 wird als unzulĤssig verworfen.

AuA

ergerichtliche Kosten auch des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten ist die Beitragspflicht des Klägers zur Kranken- und Pflegeversicherung seit 1. Januar 2015 streitig.

Nachdem der KlĤger auf Einkommensanfragen nicht reagierte, setze die Beklagte

zu 1 â cu zugleich im Namen der Beklagten zu 2 â cu die Beitr Auge mit Bescheid vom 12. M xrz 2015 ab 1. Januar 2015 auf der Grundlage der Beitragsbemessungsgrenze fest. Dieser Bescheid wurde bestandskr xrftig. Im weiteren Verlauf beantragte der Kl xrger eine X berpr Xrftung dieses Bescheids gem X X X Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) und legte am 23. Februar 2018 die Einkommensteuerbescheide f Xrft 2015 und 2016 vor, worauf die Beklagte zu 1 â zugleich im Namen der Beklagten zu 2 A zugleich im Namen der Beklagten zu 2 A zugleich im Namen der Beklagten zu 2 augleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich zugleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich zugleich im Namen der Beitr zugleich zu 2 alleich zugleich zu zugleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich zugleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich zugleich im Namen der Beklagten zu 2 alleich mit Widerspruchsbescheid vom 27. Juni 2018 zur Xrftuck.

Hiergegen erhob der KlÄger am 10. Juli 2018 beim Sozialgericht Freiburg (SG) im Rahmen einer persönlichen Vorsprache, bei der er als Adresse â∏B1, V1â∏∏ angegeben hatte, Klage, die er trotz Ankündigung und Fristverlängerung zunĤchst nicht begrļndete. Auf die Betreibensaufforderung des SG vom 24. Oktober 2018, die dem Kläger ausweislich der Postzustellungsurkunde (vgl. Bl. 14a SG-Akte) am 27. Oktober 2018 zugestellt wurde, begründete er seine Klage im Wesentlichen damit, dass Beitragsansprüche der Beklagten nicht bestünden, da er â∏den Vertragâ∏∏ mit der Krankenkasse im Jahr 2013 gekündigt habe. Im weiteren Verlauf führte mit Schreiben vom 16. Dezember 2018 u.a. aus, die Beitragsforderungen seien fA1/4r ihn nicht zahlbar, er habe â∏alles nachzweisende nachgewiesenâ∏ und die Beklagten verweigerten eine Lösungsfindung. Er beklage seinen persönlichen Ruin durch die Krankenkasse. Er komme für seine gesundheitlichen Belange selbst auf. Ein regelmäÃ∏iger Gang zu seiner â∏Melde u. Postadresseâ∏ sei nicht gewährleistet. Er flüchte nicht und habe â∏ausreichend Courage mich Ihnen zu stellenâ∏. In einer E-Mail vom 20. Januar 2019 teilte er mit, er habe einen Wohnsitz â∏im Sinne von gemeldet seinâ∏∏ unter der bekannten Anschrift. Sein gewöhnlicher Aufenthalt sei sein bewohnbares Fahrzeug. Er reise und lebe seit 20 Jahren in einem Wohnmobil überwiegend europäisch und auÃ∏ereuropäisch. In den letzten Jahren halte er sich weitestgehend 2/3 des Jahres im Ausland auf. Hierüber gebe es â∏bedingt bzw. keine Nachweiseâ∏. Ebenso wenig gebe es Nachweise über ein weiteres Einkommen. Die Beklagte blockiere mit der Sicherstellung von AnsprA¹/₄chen durch eine Zwangshypothek eine VerĤuÃ\(\text{Perung seines Eigentums.}\)

Die Beklagte trat der Klage entgegen.

Mit Schreiben vom 12. Februar 2019 wies das SG den Kläger darauf hin, dass die Kþndigung der freiwilligen Mitgliedschaft zu deren Wirksamkeit einen Nachweis erfordere, dass ein anderweitiger Krankenversicherungsschutz bestehe. Da er einen solchen Nachweis nicht vorgelegt habe, dþrfte die Mitgliedschaft nicht beendet worden und die Klage nicht erfolgversprechend sein, weshalb eine Rþcknahme der Klage angeregt werde. Der Kläger machte mit Schreiben vom 14. März 2019

weitere Ausführungen zu seiner persönlichen Situation und brachte zum Ausdruck, die Klage fortführen zu wollen. Mit Schreiben vom 10. April 2019 informierte das SG den Kläger darüber, dass beabsichtigt sei, eine Entscheidung ohne mþndliche Verhandlung und ohne die Beteiligung ehrenamtlicher Richter durch Gerichtsbescheid zu treffen, wobei eine Entscheidung nicht vor dem 10. Mai 2019 ergehen werde. Auf eine sodann erfolgte Sachstandsanfrage des Klägers mittels E-Mail þbermittelte das SG dem Kläger das Schreiben vom 10. April 2019 auch elektronisch an dessen E-Mail-Adresse. Mit E-Mail vom 20. Mai 2019 erinnerte der Kläger an die angekþndigte Entscheidung.

Mit Gerichtsbescheid vom 29. Mai 2019 wies das SG die Klage ab und veranlasste am 31. Mai 2019 die Zustellung des Gerichtsbescheids durch die Deutsche Post AG mittels Postzustellungsauftrag an die vom KlAzger bei Klageerhebung und in seinen weiteren SchriftsÄxtzen jeweils angegebene Anschrift. Ausweislich der Zustellungsurkunde (vgl. Bl. 40a der SG-Akte) blieb der am 1. Juni 2019 erfolgte Zustellversuch erfolglos. Als Grund der Nichtzustellung ist in der Zustellungsurkunde dokumentiert â∏Empfänger unbekannt verzogenâ∏. Die seitens des SG sodann am 2. Juli 2019 durchgeführte Melderegisteranfrage ergab, dass der KlĤger weiterhin mit alleiniger Wohnung unter der von ihm jeweils angegebenen Anschrift gemeldet war. Das SG erteilte der Deutschen Post AG sodann am 2. Juli 2019 einen weiteren Postzustellungsauftrag. Dieser blieb gleicherma̸en erfolglos. Als Grund der Nichtzustellung ist in der Zustellungsurkunde (vgl. Bl. 42 SG-Akte) wiederum dokumentiert â∏Empfänger unbekannt verzogenâ∏. Mit Beschluss vom 9. Juli 2019 ordnete das SG die öffentliche Zustellung des Gerichtsbescheids vom 29. Mai 2019 gemäÃ∏ <u>§ 63</u> Abs. 1 und 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) i.V.m. <u>§Â§Â 185</u>, 186 Zivilprozessordnung (ZPO) an, da der Aufenthaltsort des KlAzgers unbekannt und eine Zustellung an einen Vertreter oder ZustellungsbevollmÄxchtigten nicht mĶglich gewesen sei. Gleichzeitig ordnete es an, dass die Ķffentliche Zustellung durch Aushang einer entsprechenden Benachrichtigung an der Gerichtstafel für die Dauer von einem Monat zu erfolgen habe. Die â∏Benachrichtigung über eine öffentliche Zustellungâ∏ des Gerichtsbescheids vom 29. Mai 2019, die den Hinweis enthielt, dass das Schriftstýck in der Geschäftsstelle der 14. Kammer eingesehen werden könne und durch die öffentliche Zustellung des genannten Schriftstücks Fristen in Gang gesetzt würden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen könnten, wurde am 9. Juli 2019 an der Gerichtstafel ausgehĤngt und am 21. August 2019 abgenommen (vgl. Bl. 45 SG-Akte).

Am 17. August 2020 wandte sich der Kläger mittels E-Mail an das SG, nahm Bezug auf ein Telefonat, wonach er auf Anfrage die Mitteilung erhalten habe, das zwei Beschlüsse an ihn gesandt und mit dem Vermerk â∏unbekannt verzogenâ∏ zurückgesandt worden seien. Er führte aus, es sei ein sich anhäufendes Problem, dass Post trotz Meldeadresse nicht ankomme und bat um Zusendung der â∏Nichtzustellbarkeitsprotokolleâ∏, um Anzeige bei der Post zu erstatten. Es sei nicht akzeptabel, keinerlei Rechtsmittel einlegen zu können. Er wolle in Berufung gehen. Das SG übersandte sodann eine Abschrift der Entscheidung und Kopien der Postzustellungsurkunden.

Mit Telefax vom 10. März 2021 bat der Kläger um Zusendung des â∏Beschlussesâ∏ und gab an, er habe gestern (â∏09.03.21â∏) erstmals Kenntnis erhalten und beantrage Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Prozesskostenhilfe. Das SG übersandte dem Kläger eine Kopie des Gerichtsbescheids vom 29. Mai 2019 und verwies auf die Rechtsmittelbelehrung. Da das Verfahren abgeschlossen sei, sei im Hinblick auf die gestellten Anträge nichts zu veranlassen. Sofern er Berufung habe einlegen wollen, möge er dies mitteilen.

Mit Schreiben vom 26. MĤrz 2021, mittels Telefax beim SG am 28. MĤrz 2021 eingegangen, teilte der KlĤger mit, er â∏möchteâ∏ Berufung einlegen. Zur Begründung seiner Berufung hat der KlĤger vorgetragen, ihm sei der Gerichtsbescheid nicht zugestellt worden. Er sei unter der Anschrift B2 in V1 gemeldet und es habe regelmäÃ∏ig jemand nach seiner Post gesehen. Er habe sich zum Sachverhalt nicht äuÃ∏ern bzw. die Berufung nicht fristgemäÃ∏ einlegen können. Er sei mittlerweile ca. zehn Jahre ohne rechtlichen Krankenversicherungsschutz und müsse seine gesundheitlichen Belange zwangsweise selbst besorgen und finanzieren. Er werde mit Beiträgen von ca. 80.000 â∏¬ konfrontiert, die vollstreckt würden, ohne dass er eine Leistung erhalte.

Der KlĤger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 29. Mai 2019 und den Bescheid der Beklagten vom 12. April 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. Juni 2018 aufzuheben sowie die Beklagte unter Aufhebung des Bescheids vom 13. April 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 27. Juni 2018 zu verpflichten, die Beitragsbescheide, mit denen sie Beiträge fþr die Zeit ab 1. Januar 2015 festsetzte, aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

Sie hält die angefochtene Entscheidung für richtig.

In der m \tilde{A}^{1} 4ndlichen Verhandlung hat der Kl \tilde{A} ger zudem ausdr \tilde{A}^{1} 4cklich (w \tilde{A} rtlich) beantragt,

â∏dass meine Rechtsstellung als Deutscher anerkannt wird, da ich eine deutsche Bundesstaatenangehörigkeit nach § 4.1.1 RuStAG besitze und darýber hinaus, dass die Beklagte mir den rechtswirksam unterschriebenen Vertrag vorlegt sowie, dass man mir eine rechtswirksame vollstreckbare Ausfertigung bezÃ⅓glich des Eintrags der Zwangshypothek vorlegt.â∏

Die Beklagte hat sich zu den weiteren AntrĤgen des KlĤgers nicht eingelassen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakten beider Rechtsz \tilde{A}^{1} /4ge sowie die beigezogene

Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

- 1. Die nach <u>§Â§ 143</u>, <u>151 Abs. 1</u> und 2 SGG formgerecht eingelegte Berufung des Klägers ist gemäÃ∏ <u>§Â§Â 105 Abs. 2 Satz 1</u>, <u>143 SGG</u> statthaft. Sie bedarf insbesondere nicht der Zulassung, da der Kläger sich gegen Beitragsforderungen fÃ⅓r einen Zeitraum von mehr als einem Jahr wendet (§ 144 Abs. 1 Satz 2 SGG).
- 2. Der Senat hat das Rubrum berichtigt, da sich die Klage von vornherein nicht nur gegen die zu 1 beklagte Krankenkasse, sondern auch gegen die zu 2 beklagte Pflegekasse richtete. Deshalb ist eine Berichtigung des Rubrums auf Beklagtenseite â□□ auch noch im Berufungsverfahren â□□ möglich und keine Klageänderung im Sinne des §Â 99 SGG (vgl. Urteile des Senats vom 23. Februar 2018 â□□ L 4 KR 807/17 â□□ www.sozialgerichtbeitkeit.de und 12. September 2014 â□□ L 4 KR 75/14 â□□ juris, Rn. 17). Zwar hatte der Kläger in der Klageschrift die Pflegekasse nicht ausdrücklich bezeichnet. Er wandte sich aber gegen die Erhebung von Beiträgen wegen einer bei der Beklagten zu 1 begrþndeten Mitgliedschaft, so dass die Klage nach dem erkennbaren Klagebegehren von Anfang an nicht nur die Beiträge zur Krankenversicherung, sondern auch zur Pflegeversicherung betraf. Dies ergibt sich bereits aus dem Regelungsinhalt der angefochtenen Bescheide, mit denen über die Beiträge zu beiden Versicherungen entschieden wurde.
- 3. Der KlĤger hat mit seinem am 26. MĤrz 2021 mittels Telefax beim SG eingegangenen Schreiben vom selben Tag ausdrĽcklich Berufung eingelegt und damit zum Ausdruck gebracht, dass er eine Ä□berprÄ⅓fung des Gerichtsbescheids des SG vom 26. Mai 2019 begehrt. Ob bereits das beim SG am 10. MĤrz 2021 eingegangene Telefax des KlĤgers, mit dem er â□□um Zusendung des Beschlussesâ□□ bat und darauf hinwies, dass er â□□gestern erstmals Kenntnisâ□□ erhalten habe und â□□Wiedereinsetzung in den vorigen Standâ□□ beantrage, als Berufung gegen den Gerichtsbescheid vom 26. Mai 2019 anzusehen ist, kann der Senat dahingestellt sein lassen. Denn die Berufung ist â□□ unabhĤngig vom konkreten Zeitpunkt der Einlegung im MĤrz 2021 â□□ gemĤÃ□ § 158 Satz 1 SGG als unzulässig zu verwerfen, da sie entgegen § 105 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 151 Abs. 1 SGG nicht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Gerichtsbescheids eingelegt worden ist.

Der Gerichtsbescheid des SG vom 29. Mai 2019 ist dem KlAzger am 9. August 2019 zugestellt worden (hierzu a.), so dass die Berufungsfrist am 10. August 2019 begann und am 9. September 2019 endete (hierzu b.). Die Berufungsfrist war bei Berufungseinlegung im MAzrz 2021 mithin seit mehr als einem Jahr abgelaufen.

a. Die Zustellung des Gerichtsbescheids vom 29. Mai 2019 durch das SG erfolgte gemäÃ∏ <u>§ 63 Abs. 1 und 2 SGG</u> i.V. m. <u>§Â§Â 185</u>, <u>186 ZPO</u> am 9. August 2019 durch öffentliche Zustellung, nachdem zuvor zwei Zustellungsversuche nach <u>§ 176 Abs. 2 ZPO</u> wegen unbekannten Verzugs des Empfängers (Klägers) gescheitert waren. Dies ergibt sich aus den Postzustellungsurkunden vom 1. Juni und 3. Juli 2019.

aa. Nach <u>§ 185 Nr. 1 ZPO</u> kann die Zustellung durch <u>Ã</u>¶ffentliche Bekanntmachung (<u>Ã</u>¶ffentliche Zustellung) erfolgen, wenn der Aufenthaltsort einer Person unbekannt und eine Zustellung an einen Vertreter oder Zustellungsbevollm<u>Ã</u>¤chtigten nicht m<u>Ã</u>¶glich ist. Dies war vorliegend der Fall. Die Zustellung des Gerichtsbescheids vom 29. Mai 2019 an den Kl<u>Ã</u>¤ger war nicht m<u>Ã</u>¶glich, da sein Aufenthaltsort nicht bekannt war und er in dem anh<u>Ã</u>¤ngigen Verfahren weder durch einen Bevollm<u>Ã</u>¤chtigten vertreten war noch einen Zustellungsbevollm<u>Ã</u>¤chtigten bestellt hatte.

Die Zustellungsfiktion der Ķffentlichen Bekanntmachung unter der Voraussetzung, dass der Aufenthaltsort einer Person unbekannt ist und an einen Vertreter oder ZustellungsbevollmÄxchtigten nicht zugestellt werden kann (vgl. §Â 63 Abs. 2 Satz 1 SGG i.V.m. §Â 185 Nr. 1 ZPO), ist verfassungsrechtlich nur zu rechtfertigen, wenn eine andere Art der Zustellung aus sachlichen Gründen nicht oder nur schwer durchführbar ist (BSG, Beschluss vom 5. Juli 2018Â â∏ B 8 SO 50/17 BÂ â∏∏ juris, Rn. 6 m.w.N.). Unbekannt ist der Aufenthalt einer Person, wenn nicht nur das Gericht, sondern auch die Allgemeinheit den Aufenthalt des Zustellungsadressaten nicht kennt. Die Ķffentliche Zustellung kommt nur als letzte Möglichkeit in Betracht, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, ein Schriftstück dem Empfänger in anderer Weise zuzustellen (BSG, a.a.O., Rn. 7). Zuvor muss das Gericht alle geeigneten und zumutbaren MA¶glichkeiten zur Feststellung des Aufenthaltsorts des Zustellungsadressaten ergriffen haben (z.B. Anfrage beim Einwohnermeldeamt, Nachfrage bei Familienmitgliedern, Bekannten, Arbeitgeber, Vermieter, anderen BehĶrden; vgl. Senger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, Stand: November 2022, <u>§Â 63 SGG</u> Rn. 60).

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall erfüllt. In dem anhängigen Verfahren hatte der KlĤger seine Anschrift bei Klageerhebung und auch wĤhrend des Verfahrens mit B3 in V1 angegeben. Unter dieser Anschrift korrespondierte das SG im laufenden Verfahren mit dem KlÄxger und das SG stellte ihm ausweislich der Postzustellungsurkunde vom 27. Oktober 2018 unter dieser Anschrift auch die Betreibungsaufforderung vom 24. Oktober 2019 zu. Gegenüber der Beklagten hatte der KlĤger seine Anschrift ebenfalls mit B3 in V1 angegeben und sie korrespondierte wĤhrend des Verwaltungsverfahrens mit dem KlĤger gleicherma̸en unter dieser Adresse. Der Kläger hielt sich unter dieser Adresse im Zeitraum nach Erlass des Gerichtsbescheids vom 29. Mai 2019 aber offenbar nicht auf. Denn der am 1. Juni 2019 durch die Deutsche Post AG erfolgte Versuch einer Zustellung des Gerichtsbescheids scheiterte, weil der KlAzger unter dieser Anschrift nicht ermittelt werden konnte. Die Zustellungsurkunde vom selben Tag weist insoweit aus, dass der â∏Empfänger unbekannt verzogenâ∏ war. Zur Klärung des neuen Wohnortes des Klägers führte das SG sodann am 2. Juli 2019 eine Abfrage beim Einwohnermeldeamt durch, die ergab, dass der KlAzger weiterhin unter der Anschrift B3A in V1 gemeldet war. Noch am selben Tag beauftragte das SG die Deutsche Post AG erneut, dem KlĤger den Gerichtsbescheid vom 26. Mai 2019 unter der genannten Anschrift zuzustellen. Auch der sodann am 3. Juli 2019 erfolgte Zustellversuch blieb erfolglos, wie der Zustellungsurkunde vom selben Tag zu entnehmen ist, die wiederum ausweist, dass der â∏Empfänger unbekannt verzogenâ∏ ist. Einen anderweitigen Aufenthaltsort

hatte der KlĤger dem SG nicht mitgeteilt und ein solcher war dem SG auch nicht auf andere Weise bekannt geworden. Insbesondere war den Ausfļhrungen des Klägers im Schreiben vom 16. Dezember 2018 kein von der angegebenen (bekannten) Anschrift abweichender Aufenthaltsort zu entnehmen, gleicherma̸en auch nicht der E-Mail vom 20. Mai 2019, mit der er wenige Tage vor Erlass des Gerichtsbescheids noch an den Erlass der angekündigten Entscheidung erinnerte. Nach seinen eigenen Angaben lebte der KlĤger in seinem Wohnmobil und reiste â∏europäisch und auÃ∏ereuropäischâ∏, wobei er sich 2/3 des Jahres im Ausland aufhalte. Einen konkreten Aufenthaltsort, an dem der angekündigte Gerichtsbescheid h\tilde{A}\tilde{x}tte zugestellt werden k\tilde{A}\tilde{\text{nnen, teilte der Kl\tilde{A}\tilde{x}ger dem SG hingegen nicht mit, obwohl er wusste, dass das SG demnĤchst einen Gerichtsbescheid erlassen wird. Das folgt aus seinem Schreiben vom 20. Mai 2019. Eine Nachfrage bei etwaigen Familienmitgliedern, Bekannten, einem Vermieter oder Arbeitgeber schied aus, da entsprechende persönliche Verbindungen des Klägers nicht aktenkundig waren bzw. sind. Der Kläger hatte zur Durchfä¼hrung des Klageverfahrens auch keinen ProzessbevollmÄxchtigten bestellt und insbesondere auch keinen ZustellungsbevollmĤchtigten benannt â∏ obwohl er selbst angegeben hatte, dass ein regelmĤÄ∏iger Gang zu seiner Melde- und Postadresse nicht gewÄxhrleistet seiA -, so dass auch eine Zustellung an einen Vertreter nicht möglich war. Sein Aufenthalt war mithin nicht nur dem Gericht, sondern auch der Allgemeinheit unbekannt. Die Voraussetzungen fļr eine Ķffentliche Zustellung lagen somit in diesem besonderen Fall vor. Darüber hinaus wäre es dem Kläger verwehrt, sich auf eine etwaige Unwirksamkeit der Ķffentlichen Zustellung zu berufen, da konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er zielgerichtet versucht hat, die Zustellung, mit der er sicher rechnen musste, zu verhindern (vgl. BGH, Beschluss vom 28. April 2008Â â∏∏ <u>II ZR 61/07</u>Â â∏∏, juris). Denn er hat gegenüber dem SG â∏∏ wie bereits dargelegt â∏∏ selbst angegeben, dass ein regelmäÃ∏iger Gang zu seiner Melde- und Postadresse nicht gewährleistet sei, weil er sich zu 2/3 des Jahres im Ausland befinde und sein gewA¶hnlicher Aufenthalt sein bewohnbares Fahrzeug sei. In seiner Erinnerungs-E-Mail vom 20. Mai 2019, d.h. unmittelbar vor Erlass des Gerichtsbescheids, hÃxtte er die Möglichkeit gehabt, dem SG mitzuteilen, ob er sich â∏ im Hinblick auf die von ihm angemahnte Entscheidung des SG und die damit konkret bevorstehende Zustellung â∏ an seiner angegebenen Meldeadresse aufhÄxlt oder er sich im Ausland befindet. Dies spricht fýr eine zielgerichtete Verhinderung der Zustellung.

bb. GemäÃ∏ <u>§ 186 Abs. 1 ZPO</u> entscheidet das Prozessgericht þber die Bewilligung der öffentlichen Zustellung. Die öffentliche Zustellung erfolgt nach Abs. 2 Satz 1 der Regelung durch Aushang einer Benachrichtigung an der Gerichtstafel oder durch Veröffentlichung der Benachrichtigung in einem elektronischen Informations- und Kommunikationssystem, das im Gericht öffentlich zugänglich ist. Die Benachrichtigung muss erkennen lassen die Person, fþr die zugestellt wird (Nr. 1), den Namen und die letzte bekannte Anschrift des Zustellungsadressaten (Nr. 2), das Datum, das Aktenzeichen des Schriftstücks und die Bezeichnung des Prozessgegenstandes (Nr. 3) sowie die Stelle, wo das Schriftstück eingesehen werden kann (Nr. 4). Die Benachrichtigung muss den Hinweis enthalten, dass ein Schriftstück öffentlich zugestellt wird und Fristen in Gang gesetzt werden können, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können

(Satz 3). Nach <u>§ 186 Abs. 3 ZPO</u> ist in den Akten zu vermerken, wann die Benachrichtigung ausgehĤngt und wann sie abgenommen wurde.

Das SG als Prozessgericht bewilligte in diesem Sinne mit Beschluss vom 9. Juli 2019 die Ķffentliche Zustellung, weil der Aufenthaltsort des KlĤgers unbekannt und eine Zustellung an einen Vertreter oder ZustellungsbevollmÄxchtigten nicht möglich war. Die öffentliche Zustellung erfolgte sodann durch Aushang der â∏Benachrichtigung über die öffentliche Zustellungâ∏∏ vom 9. Juli 2019 an der Gerichtstafel des SG. Der Aushang erfolgte am 9. Juli 2019 und wurde am 21. August 2019 abgenommen (vgl. Bl. 45 SG-Akte). Ihr Inhalt entsprach den dargelegten gesetzlichen Anforderungen. Sie enthielt den Namen des KlĤgers als der Person, der zugestellt wird, seine letzte bekannte Anschrift (B3 in V1), bezeichnete das Schriftstück und dessen Datum (â∏Gerichtsbescheid vom 29.05.2019 $\hat{a} \square \square$) sowie das zugeh \tilde{A} ¶rige Aktenzeichen ($\frac{S\hat{A}}{14}$ KR 3064/18), das die Bezeichnung des Prozessgegenstandes erkennen l\tilde{A}\tilde{x}sst und benannte mit der GeschĤftsstelle der 14. Kammer die Stelle, wo das Schriftstļck eingesehen werden konnte. Die Benachrichtigung enthielt im ̸brigen auch den Hinweis, dass das genannte Schriftstück öffentlich zugestellt wird und Fristen in Gang gesetzt werden kA¶nnen, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen kA¶nnen.

- cc. GemäÃ∏ <u>§ 188 ZPO</u> gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Aushang der Benachrichtigung ein Monat verstrichen ist. Ausweislich von Bl. 45 der SG-Akte wurde die Benachrichtigung am 9. Juli 2019 ausgehängt und am 21. August 2021 abgenommen. Der Gerichtsbescheid gilt somit einen Monat nach dem Aushang, mithin am 9. August 2019, als zugestellt.
- b. Der Gerichtsbescheid vom 29. Mai 2019 wurde dem Kläger am 9. August 2019 zugestellt, so dass der Lauf der einmonatigen Berufungsfrist am 10. August 2019 begann (§ 64 Abs. 1 SGG) und mit Ablauf des 9. September 2019 endete, da dieser Tag nach seiner Zahl dem Tag entspricht, in den das Ereignis der Zustellung des Gerichtsbescheids fällt (§ 64 Abs. 2 Satz 1 SGG).

Der KlĤger hat die Berufung erst mit Telefax vom 10. MĤrz 2021 bzw. 28. MĤrz 2021 (jeweils Eingang beim SG), also verspĤtet, eingelegt.

Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand der Berufungsfrist kommt im Hinblick auf die Ausschlussfrist des <u>§ 67 Abs. 3 SGG</u> nicht in Betracht. Danach ist der Antrag nach einem Jahr seit dem Ende der versĤumten Frist unzulĤssig, auÄ∏er wenn der Antrag vor Ablauf der Jahresfrist infolge hĶherer Gewalt unmĶglich war. Entsprechende Gesichtspunkte sind nicht vorgetragen worden und liegen offensichtlich auch nicht vor, wie die vor Ablauf der Jahresfrist an das SG gerichtete E-Mail des KlĤgers vom 17. August 2020 und der angesprochene telefonische Kontakt dokumentieren.

4. Soweit der Kläger in der mündlichen Verhandlung weitere Anträge gestellt hat (Feststellung seiner deutschen Staatsangehörigkeit, Vorlage eines rechtswirksam unterschriebenen Vertrags und einer rechtswirksamen vollstreckbaren Ausfertigung bezüglich des Eintrags einer Zwangshypothek),

handelt es sich um neue StreitgegenstĤnde. Zwar ist eine KlageĤnderung grundsĤtzlich auch noch im Berufungsverfahren mĶglich (§Â 153 Abs. 1 SGG i.V.m. § 99 SGG). Der KlageĤnderung steht aber bereits die UnzulĤssigkeit der Berufung entgegen (BSG, Urteil vom 31. Juli 2002 â∏ B 4 RA 20/01 R â∏ juris, Rn. 22; Guttenberger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, Stand: Juni 2022, §Â 99 SGG Rn. 47; Schmidt, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, Kommentar zum SGG, 13. Aufl. 2020, § 99 Rn. 12 m.w.N.).

- 5. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 Satz 1 SGG</u>.
- 6. Die Revision war nicht zuzulassen, da Gründe hierfür (vgl. <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u>) nicht vorliegen. Â

Erstellt am: 08.12.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024